

Sitzung der Bürgerschaft am 25. Februar 2010

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 4.3 mit Drs. Nr. 168 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ mit Mehrheit in geänderter Fassung angenommen:

(Resettlement-Verfahren)

1. Die Lübecker Bürgerschaft begrüßt die Initiative der Bundesregierung, 2500 irakische Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufzunehmen.
2. Die Lübecker Bürgerschaft fordert die Bundesregierung auf, ab sofort Flüchtlinge im „Resettlement-Verfahren“ im Sinne des Konzeptes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) **regelmäßig** aufzunehmen.
3. Wenn sich die Bundesregierung entschließen sollte, über die Aufnahme eines Flüchtlingskontingents von 2500 irakischen Flüchtlingen weitere Flüchtlingskontingente aufzunehmen, erklärt sich die Hansestadt Lübeck bereit, den erhöhten Quoten bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu entsprechen. *
4. Der Bürgermeister wird gebeten, mit dem *schleswig-holsteinischen* Netzwerk Safe Haven Kontakt aufzunehmen und gemeinsam zu beraten, wie die Stadt die Arbeit der bundesweiten Kampagne „Save me“ unterstützen kann. Dem Sozialausschuss ist über die Ergebnisse der Beratung zu berichten.
5. Darüber hinaus wird Herr Saxe gebeten, Inhalt und Abstimmungsergebnis dieses Antrags der Landesregierung zur Kenntnis zu geben und für die Umsetzung einzutreten.

*Im Zuge des Resettlement-Programms 2009 nimmt Lübeck einmalig acht Flüchtlinge auf.

Auftrag an:

FB 2: Wirtschaft und Soziales

Die Bürgermeisterkanzlei bittet für den Kontrollbericht um kurzfristige Rückmeldung, wann mit der Bearbeitung begonnen und der Auftrag voraussichtlich erledigt sein wird - vielen Dank !